

Wer 2026 volljährig wird, bekommt Post von der Bundeswehr. Der Staat verlangt, dass die 18-Jährigen einen Fragebogen ausfüllen. Betroffen sind Männer und Frauen, wobei das Ausfüllen des Fragebogens nur für Männer verpflichtend ist. Der *WDR* wollte nun wissen: Wie gehen die 18-Jährigen damit um? Das Fazit des Senders: „[Es gibt viel Ablehnung.](#)“ Das ist ein Lichtblick. Die Propaganda von der angeblichen Bedrohung Russlands scheint bei den jungen Leuten im Land auf etwas zu treffen, was weiten Teilen der Politik abhanden gekommen ist: Vernunft! Ein 18-Jähriger sagt: „Ich will nicht morden.“ Das sollte der Leitspruch für eine neue Friedensbewegung werden. Ein Kommentar von **Marcus Klöckner**.

5.000 junge Leute haben im Januar schon Post von der Bundeswehr bekommen. Ende des Jahres 2026 werden 700.000 Männer und Frauen im Alter von 18 Jahren von der Bundeswehr angeschrieben worden sein. Worum es geht, ist klar: Der neue Wehrdienst steht an – und die Bundeswehr will personell aufstocken. Unter der von Politik und Medien herbeihalluzinierten „Zeitenwende“ sollen Deutschland und Europa in großer Gefahr sein. Die Bedrohung kommt angeblich aus dem Osten, genauer gesagt: aus Russland. „[Kriegstüchtig](#)“ werden, lautet das Motto.

In einem aktuellen Beitrag fokussiert der *WDR* auf das Thema und führt an, dass die Bundeswehr von 184.000 Soldaten auf 260.000 Soldaten aufgestockt werden soll. „Um die Truppenstärke zu erhöhen, werden 18-Jährige mit Geld und einem Zuschuss zum Führerschein gelockt“, heißt es in dem *WDR*-Beitrag, der der Frage nachgeht, wie die jungen Leute zu dem Vorstoß der Bundeswehr stehen. Auch wenn die kleine „Umfrage“ nicht repräsentativ ist: Bemerkenswerte Antworten kommen zum Vorschein.

„Sicher ist es in solchen Zeiten sinnvoll, sich um eine Armee zu kümmern, aber ich bin da raus. Ich möchte nicht morden“, sagt da der gerade 18 Jahre alt gewordene Justus. Von der Aussage, dass es in „solchen Zeiten sinnvoll“ sei, „sich um eine Armee zu kümmern“, einmal abgesehen: Welch eine bewundernswerte und elementar wichtige Positionierung. „Ich will nicht morden.“ Mehr muss man eigentlich gar nicht verstehen. Politische Einordnungen hin oder her: Wer als Staatsbürger sagt „Ich will nicht morden“, hat verstanden, was das Soldatsein auf seiner Schattenseite nämlich bedeutet. Wenn es zu einem Krieg kommt, dann bedeutet das Tragen der Uniform über kurz oder lang: töten oder getötet werden – oder präziser, bei Lichte betrachtet: morden oder ermordet werden. Es heißt: einen Menschen, den man nicht kennt, der einem selbst im Grunde genommen nichts getan hat, abzuschlachten, weil Politiker ihn als Feind benennen. Es ist gut, dass der junge Justus die Realität so klar an dieser Stelle erkennt und seinen Willen so deutlich formuliert. Kein Verschleiern, kein Beschönigen, keine „zuckercodierte“ Sprache – wie sie vonseiten der

Politik immer wieder im Zusammenhang von Kriegen zu hören ist.

„Ich will nicht morden“ – diese Aussage sollte zum neuen Leitspruch der Friedensbewegung werden. Sie sollte zum Leitspruch all derjenigen werden, die verstanden haben, worauf die Politik der Konfrontation, der Aufrüstung und Propaganda hinauslaufen kann oder wird.

Ich will nicht morden – soll eine Politik, die den Krieg nicht verhindern will, doch selbst auf das Schlachtfeld gehen. Ich will nicht morden – sollen Politiker gefälligst den Willen zur Friedenspolitik aufbringen. Ich will nicht morden – sollen Politiker diesen Willen eines jungen Mannes erhören und aufhören, mit ihrem Feindbildaufbau die Bürger für ihren „Krieg im Kopf“ zu instrumentalisieren. Ich will nicht morden – soll diese einfache Botschaft nicht nur gehört, sondern erhört werden. Schwer zu verstehen ist sie nicht.

Titelbild: Von Dr. Frank Gaeth - Eigenes Werk, CC BY-SA 4.0  
[commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=140983989](https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=140983989) 